Die neue Stundungsverordnung für Galizien und die Bukowina.

Eine kaiserliche Verordnung vom 22. Dezember 1915, die heute im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht wird, sieht eine Verlängerung der Frist für die richterliche Stundung in Oesterreich vor.

Die kaiserliche Verordnung ermächtigt den Richter, für privatrechtliche, vor dem 1. August 1914 entstandene Selbstforderungen Stundung bis längstens 31. Dezember 1916 ganz oder teilweise zu gewähren.

Für Galizien und die Bukowina wird durch eine gleichzeitig mit der kaiserlichen Verordnung kundgemachte Verordnung des Gesamtministeriums die gesetzliche Stundung aller bisher gestundeten Verbindlichkeiten um ein Jahr verlängert.

Eine Reihe von Vorschriften, die in die Verordnung neu aufgenommen wurden, soll den feinerzeitigen gesetzlichen Abbau der Stundung vorbereiten. Nach den Ergebnissen einer im Justizministerium abgehaltenen Fachmännerberatung, über die wir feinerzeit berichteten, bei der die einschlägigen Fragen gründlich erörtert wurden, sind gegenwärtig die Voraussetzungen für einen allgemeinen Abbau der Stundung in Galizien und der Bukowina noch nicht gegeben. Dagegen wurde festgestellt, daß im weiteren Kriegsgebiete ein Teil der Schuldner vermöge ihrer wirtschaftlichen Lage zur Zahlung herangezogen werden kann, und einem Vorschlage zugestimmt, wonach zahlungsfähigen Schuldnern gegenüber die Möglichkeit einer individuellen mäßigen Aufhebung der Stundung eröffnet werden soll. Die Verordnung folgt dieser Anregung, indem sie in den §§ 20 bis 30 die Aufhebung der gesetzlichen Stundung durch richterlichen Ausspruch regelt und damit ein Gegenstück zur richterlichen Stundung gesetzlich nicht gestundeter Forderungen schafft. Danach kann der Gläubiger beim Bezirksgerichte, in dessen Sprengel der Schuldner seinen Wohnsitz (Sitz) hat, beantragen, daß für seine Forderung die gesetzliche Stundung aufgehoben werde. Hierbei ist insbesondere auf die Fortführung des Wirtschaftsbetriebes des Schuldners und darauf Bedacht zu nehmen, inwiefern der Schuldner ohne Beeinträchtigung seiner Wirtschaft die zur Zahlung erforderlichen Mittel beschaffen kann. Nach Durchführung des bezeichneten Vorverfahrens und Rechtskraft des Beschlusses, womit die gesetzliche Stundung aufgehoben wird, kann der Gläubiger seine Forderung gerichtlich geltend machen.

Gegen öffentliche Körperschaften, gegen Kreditstellen und Versicherungsanstalten, dann gegen Schuldner, die ihren Wohnsitz (Sitz) im engeren Kriegsgebiete haben, kann die Aufhebung der gesetzlichen Stundung nicht ausgesprochen werden.